

Leitartikel

Für Schüler könnte die Regierung wirklich etwas bewirken



Die neue Bundesbildungsministerin ist eine echte Expertin auf ihrem Gebiet. Karin Prien hat ambitionierte Pläne – nun muss sie diese auch umsetzen.

VON NATHALIE METZEL

Einige Besetzungen des neuen Bundeskabinetts überraschten die Öffentlichkeit, doch diese Personalie wurde kaum kritisiert: Karin Prien (CDU) leitet nun das Bundesministerium für Bildung. Und die Begeisterung ist berechtigt, denn es kommt eine Frau mit viel Expertise in dieses wichtige Amt. Prien war seit 2017 Bildungsministerin in Schleswig-Holstein, sie koordinierte in dieser Position schon seit Längerem die unionsgeführten Bundesländer in der Kultusministerkonferenz. Karin Prien gilt als sehr fachkundig in sämtlichen Bildungsbereichen, die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Susanne Lin-Klitzing, bezeichnete Prien als „kluge und erfahrene Bildungsexpertin“. Selbst die Lehrerverbände sind mit der Auswahl also zufrieden. Wem Bildungsthemen am Herzen liegen, der muss sich über diese Besetzung freuen. Und man darf hoffen, dass sich hier tatsächlich etwas bewegen wird.

Zunächst muss Prien den Umbau ihres Ministeriums organisieren. In der vergangenen Legislaturperiode war das Ministerium für Bildung und Forschung für Schulthemen verantwortlich. Nun fusioniert das Bildungsministerium mit dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Keine einfache Aufgabe, schließlich müssen nun Hunderte Mitarbeiter den Arbeitsplatz wechseln. Und doch steckt darin eine Chance: Schon jetzt ist das Familienministerium für die Ganztagsbetreuung verantwortlich. Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Grundschüler einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Die neue Bundesregierung möchte daran festhalten. Künftig wird das von einem Ministerium umgesetzt. Das ist ein kluger Schritt. Karin Prien selbst hatte die Fusionierung gefordert, auch die bisherige Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz, Stefanie Hubig (SPD), jetzt Bundesjustizministerin, hatte bereits eine solche Lösung ins Spiel gebracht. Denn es gibt es noch mehr gute Gründe. Sie hängen mit den sehr konkreten Vor-

stellungen zusammen, die Karin Prien vom deutschen Bildungssystem hat. Kitas sollen ihrer Auffassung nach künftig als Bildungseinrichtungen verstanden werden. In der frühkindlichen Förderung sieht Karin Prien einen wichtigen Baustein, um Bildungsungerechtigkeit entgegenzuwirken. Deshalb fordert sie für Kinder zwischen null bis zehn Jahren verbindliche Bildungspläne. Es ist daher logisch, dass Bildung und Familie nun in einem Ministerium angesiedelt sind.

Das zeigt, dass Karin Prien bereit ist, wirklich etwas zu verändern. Bildungsforscher kritisieren das Bildungssystem in Deutschland schließlich schon seit Längerem als hochgradig ungerecht. Dass es ihr tatsächlich gelingen könnte, Mehrheiten für ihre Ideen zu schaffen, zeigt das Konzept „Bessere Bildung 2035“. Karin Prien hat das Papier im vergangenen Jahr gemeinsam mit Stefanie Hubig und der baden-württembergischen Bildungsministerin Theresia Schopper (Grüne) erarbeitet. Das Konzept entstand also nicht nur über Länder-, sondern auch über Parteigrenzen hinweg. Hubig, Schopper und Prien sprechen sich darin für eine länderübergreifende Bildungsagenda aus, in der zumindest einige wenige gemeinsame Ziele einheitlich definiert werden. Das ist ungewöhnlich, wo die Länder doch gerade bei Schulthemen auf den Föderalismus pochen. Diese Kooperation lässt hoffen, dass es Karin Prien als Bundesbildungsministerin gelingen könnte, die Minister der Länder hinter ihren Ideen zu vereinen. Gegenüber ihrer Vorgängerin Bettina Stark-Watzinger hat Prien außerdem den Vorteil, dass einige der Landeskultusminister Parteikollegen sind. Durch ihr vorheriges Amt weiß sie selbst, wie es ist, Forderungen an den Bund zu stellen. Eine Perspektive, die ihr im neuen Amt nun nützen kann.

Karin Priens ambitioniertes Vorpreschen lässt die Erwartungen an sie nach oben schießen. Ob sie diesen gerecht wird, muss sie nun zeigen. Im Dezember einigten sich Bund und Länder auf den milliardenschweren Digitalpakt 2.0, der Schulen etwa mit moderner IT ausstatten soll. Prien muss ihn nun umsetzen. Wie ihr das gelingt, wird viel über ihre Kompetenz als Bundesbildungsministerin aussagen.

nathalie.metzel@suedkurier.de



Ein ausgesdienter Bunker aus dem zweiten Weltkrieg steht in einem Wohnviertel von Friedrichshafen. FOTO: FELIX KÄSTLE, DPA

Alte Krankenwagen und keine nutzbaren Bunker

BaWü-Check: Wie ist die Region auf den Ernstfall vorbereitet? Der SÜDKURIER hat sich in den Landkreisen umgehört – nicht alles, was man dabei erfährt, ist ermutigend.

VON JANN-LUCA KÜNSSBERG
UND ANGELIKA WOHLFROM

Konstanz/Friedrichshafen „So konkret wie seit Jahrzehnten nicht mehr“ müsse sich Deutschland und damit auch Baden-Württemberg auf den Ernstfall vorbereiten. Das sagte Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) Anfang April nach einem Treffen mit Regierungspräsidenten, Landräten und Oberbürgermeistern. Was ist daraus geworden? Der SÜDKURIER hat nachgehakt – und bekam nur zum Teil konkrete Antworten.

Klar ist jedenfalls, dass nicht nur auf die Bundeswehr eine Menge Vorbereitung für den Ernstfall wartet. Gemeint ist die Bedrohung aus Russland, von der man in Nato-Kreisen annimmt, dass sie bis Ende des Jahrzehnts konkret werden könnte. Beim Szenario eines Angriffs auf die Nato-Ostflanke würde Deutschland zur Drehscheibe – für aufmarschierende Nato-Truppen in die eine Richtung, für Flüchtlinge und Verletzte aus dem Kriegsgebiet in die andere.

Generalleutnant André Bodemann hat für diesen Fall den Operationsplan Deutschland ausgearbeitet. Ende November 2024 sprach er darüber in Ravensburg vor interessiertem Publikum, zu großen Teilen in Uniform – Bundeswehrreservisten spitzten dort genauso die Ohren wie Feuerwehrleute und Rettungskräfte. Diese wären im Notfall auch gefordert. THW, DRK und andere Rettungsorganisationen bräuchte man zum Beispiel, um schnell große Zahlen von Flüchtlingen unterzubringen, aber auch für Krankentransporte. 1000 Patienten müssten im Ernstfall täglich in Deutschland verteilt werden. Das könnte nach Einschätzung von Alfred Bosch, beim DRK-Kreisverband Ravensburg zuständig für den Katastrophenschutz, schon an den fehlenden Fahrzeugen scheitern.

„Wir rüsten den Zivilschutz seit Jahrzehnten komplett ab“, beklagt Bosch im Gespräch mit dem SÜDKURIER. Hätten vor 25 Jahren deutschlandweit noch 1200 Krankenwagen der Klasse KTW4 (also für vier Liegendtransporte) dem Zivilschutz zur Verfügung gestanden, plane das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe nur noch mit 380 Wagen (für zwei Patienten). Gerade habe er wieder ein Fahrzeug aus der Ausmusterung zurückziehen müssen, ein anderes hätte das DRK vom Bund für einen Restwert von 600 Euro abgekauft und für 6000 Euro neu ausgerüstet. Seit Jahren fahre man mit

Angriffsszenarien

Das Landesinnenministerium geht von vier Eskalationsstufen aus: Die erste beinhaltet hybride Aktionen, wie Desinformationskampagnen, Sabotageakte oder Cyberattacken, wie wir sie bereits erleben. Kennzeichen: der Akteur ist nicht eindeutig benennbar. Phase zwei wäre erreicht, wenn der Gegner an den Grenzen des Nato-Gebiets aufmarschiert. Phase drei: Der Gegner greift mit militärischen Mitteln das Nato-Gebiet an. Phase vier: Es kommt zu Kampfhandlungen auf deutschem Territorium. (rom)

veralteten Fahrzeugen. Wenn er das gegenüber Politikern anspreche, stoße er auf Desinteresse, so Bosch. Ob sich das nun ändert, wo der Zivilschutz eine größere Bedeutung bekommt? „Ich habe die Hoffnung aufgegeben“, sagt der Ehrenamtl.

Für die Kommunen und Kreise hat Landesinnenminister Strobl nach eigenem Bekunden den Teilnehmern des Treffens „Hausaufgaben“ mitgegeben für die unterschiedlichen Gefahrenszenarien. Vom Landkreis Konstanz heißt es allerdings, derzeit lägen Anforderungen oder Anordnungen zur Erstellung für die Zivile Alarmplanung nicht vor. Auch der Landkreis Schwarzwald-Baar berichtet, nach dem Termin im Innenministerium hätten sich noch keine konkreten Aufgaben aus dem Operationsplan für den Landkreis ergeben. Vom Landkreis Waldshut heißt es auf SÜDKURIER-Anfrage, es könne noch niemand Auskunft geben.

Vorbereitung auf Cyberattacken

Weiter ist man dagegen im Bodenseekreis. Dort konzentriert man sich auf Szenarien einzelhybriden Kriegsführung: Behörden sollen arbeitsfähig bleiben, wenn es zu Cyberattacken oder Stromausfällen kommen sollte. „Auch die Infrastruktur, etwa die Wasserversorgung, könnte solch ein Störziel sein“, sagt der Sprecher des Bodenseekreises Robert Schwarz.

Als moderne Industriegesellschaft seien wir anfällig für hybride Angriffe. Auch Unternehmen könnten zum Ziel werden: „Bei uns gibt es viele Betriebe, die auch im Verteidigungssektor arbeiten. Das könnte die Region besonders interessant für Störversuche im zivilen Bereich machen.“ Was der Landkreis noch nicht macht: „Feldbetten anschaffen oder Ähnliches.“ Auch Übungen mit den Blaulichtorganisationen seien noch nicht in Planung. Genauer lässt sich der Bodenseekreis nicht in die Karten schauen: „Es gibt Listen mit Dingen, die zu tun sind. Darüber wollen wir aber nicht sprechen.“

Einfach dürfte den Kommunen die Vorbereitung schon deshalb nicht fallen, weil man trotz vielfach klammer Kassen für Dinge Geld ausgibt, die man hoffentlich nie benötigen wird. Joachim Fallert, Landesvorsitzender des Reservistenverbands in Baden-Württemberg, formuliert es gegenüber dem SÜDKURIER so: „Wir sind jetzt schon in einem Zustand, der ist nicht mehr ganz friedlich. In diesem Zwischenstadium ist es schwierig für Kommunen, Vorbereitungen zu treffen, die am Ende Geld kosten.“

Sollte es eines Tages tatsächlich zum Äußersten kommen – Raketenbeschuss oder sogar feindliche Truppen auf deutschem Territorium –, dann wären wieder die Bunker gefragt, die nach dem Ende des Kalten Kriegs eingemottet wurden.

Das Bundesinnenministerium gibt an, dass es in Baden-Württemberg noch 212 sogenannte öffentliche Schutzräume gibt mit (theoretisch) 173.976 Plätzen – von ehemals 547 Schutzräumen mit 400.000 Plätzen. Auch die verbliebenen würden aber seit Jahren nicht mehr fachgerecht unterhalten, heißt es von Seiten des Landesinnenministeriums. „Von den noch existierenden Anlagen wurden die meisten inzwischen durch den Bund formell aus der sogenannten ‚Zivilschutzbindung‘ entlassen, d. h., auf diese besteht rechtlich kein Zugriff mehr.“ Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erarbeite gerade – gemeinsam mit den Ländern – ein modernes Schutzraumkonzept.

Die Landesregierung geht derweil einen Schritt auf der Eskalationsskala zurück und setzt auf so genannte Notfalltreffpunkte: Die Baden-Württemberger sollen zentrale Anlaufstellen in den Städten und Gemeinden bekommen, sichere Orte, an denen man Zuflucht finde und Erste Hilfe. Die komplette Ausrüstung – zwei Notstromaggregate, Funktionswesten, Scheinwerfer, Arbeitsleuchten, Stirnlampen, Megafon, Radio, Absperrband sowie eine Erste-Hilfe-Box – stelle das Land bereit. 3,2 Millionen Euro lässt sich das Land dies kosten.

Von der neuen Bundesregierung erhofft man sich Fortschritte in Sachen Katastrophenschutz – vor allem mehr Geld. Die von der Ampel-Koalition noch vereinbarten 10 Milliarden Euro für den Bevölkerungsschutz seien nicht angekommen.

CDU-Verteidigungsexperte Roderich Kiesewetter denkt noch weiter: „Wir müssen uns die Krankenhauserform noch mal anschauen. Zum Beispiel sollten wir Reservekrankenhäuser vorhalten“, sagte er bereits im April dem SÜDKURIER. Auch einen Beitrag der normalen Bevölkerung hält Kiesewetter für geboten: „Denen, die sich nicht vorstellen können, das Land zu verteidigen, müssen wir anbieten, sich in Krankenhäusern, bei der Feuerwehr, beim THW oder in sonstigem Zivildienst schulen zu lassen, Übungen zu absolvieren – ohne Angst zu machen.“

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020
European Newspaper Award von 2011 bis 2024 vierzehn Mal in Folge

Chefredakteur: Stefan Lutz (ViSdP)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Julia Blust, Jörg-Peter Rau, Anna Stommel. **Politik und Hintergrund:** Angelika Wohlfrom. **Wirtschaft:** Walther Rosenberger. **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier. **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: David Lämmel
Vertrieb: Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus, Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz, Postfach 102 001, 78420 Konstanz, Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485, Internet: https://www.suedkurier.de, https://www.suedkurier-medienhaus.de
E-Mail: redaktion@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE33XXX
Anzeigen und Werbevermarktung:
SK ONE GmbH, Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz, E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: https://www.sk-one.de

Anzeigen: Matthias Kiechle (verantwortlich)
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Servicenummer 0 75 31/999-4444 (Ortstarif)
abo-service@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
Max-Stromeyer-Straße 180, 78467 Konstanz
Für die Übernahme von Artikeln in Pressespiegeln erteilt die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de. Es gelten die Mediadaten 2025 (Preisliste Nr. 94, ab 01.01.2025), mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen im SÜDKURIER/Alb-Bote und seinen elektronischen Ausgaben. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

Karikatur des Tages



Trump in der Wüste. HARM BENGEN / TOONPOOL.COM